

Vortrag an den Ministerrat

20. Tagung der Versammlung der Vertragsstaaten des Römer Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs, Den Haag, 6.-11. Dezember 2021; österreichische Delegation

Voraussichtlich von 6. bis 11. Dezember 2021 wird in Den Haag die 20. Tagung der Versammlung der Vertragsstaaten des Römer Statuts (RS) des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) gemäß Art. 112 RS (BGBl. III Nr. 180/2002 idF BGBl. III Nr. 95/2015 und BGBl. III Nr. 96/2015) stattfinden.

Bei dieser Tagung finden neben der jährlichen Generaldebatte über die Arbeit des IStGH und der Beschlussfassung über das Budget des Gerichtshofs für 2022 insbesondere auch die Wahlen von zwei neuen stellvertretenden Anklägern sowie von Mitgliedern des Verwaltungsrats des Opfertreuhandfonds statt. Auf Grund der COVID-19 Pandemie wird die Anzahl der physischen Teilnehmerinnen und Teilnehmer im Vergleich zu früheren Tagungen begrenzt und zusätzlich auch eine virtuelle Teilnahme möglich sein.

Die aktive Teilnahme der österreichischen Delegation an der 20. Tagung der Versammlung der Vertragsstaaten ist im Lichte der Diskussionen über die Stärkung des IStGH und der Verbesserung seiner Effizienz und Effektivität im Zusammenhang mit der Umsetzung des Berichts der Unabhängigen Expertenüberprüfung des Gerichtshofs besonders wichtig.

Es ist beabsichtigt, zu dieser Tagung folgende österreichische Delegation zu entsenden:

Botschafterin Mag.a Astrid Harz
Delegationsleiterin

Österreichische Botschafterin in den
Niederlanden

Gesandter Dr. Gerhard Thallinger, LL.M.
Stv. Delegationsleiter

Bundesministerium für europäische
und internationale Angelegenheiten

Gesandter-Botschaftsrat MMag. Mourad Mahidi, E.MA Stv. Delegationsleiter	Österreichische Botschaft Den Haag
Richterin Katharina Steininger LL.M., LL.B., MSc	Bundesministerium für Justiz
Mag.a Pia Niederdorfer	Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten
Mag.a Katharina Kofler, BA	Österreichische Botschaft Den Haag
Mag. Maximilian Gorke, BA, MA	Ständige Vertretung Österreichs bei den Vereinten Nationen in New York
Faris Sider	Österreichische Botschaft Den Haag
Dr. Astrid Reisinger Coracini	Universität Wien

Allfällige Reisekosten finden in den Budgets der jeweils entsendenden Ressorts ihre Deckung. Sofern Beschlüsse zu Beitragserhöhungen gefasst werden, werden sie aus den dem zuständigen Ressort zur Verfügung gestellten Mitteln bedeckt.

Im Einvernehmen mit der Bundesministerin für Justiz stelle ich daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle dem Herrn Bundespräsidenten vorschlagen, die Mitglieder der österreichischen Delegation in der oben angeführten Zusammensetzung zur Teilnahme an den Beratungen und Beschlussfassungen der 20. Tagung der Versammlung der Vertragsstaaten des Römer Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs zu bevollmächtigen.

19. November 2021

i.V. Karl Nehammer, MSc
Bundesminister